Von Monat zu Monat : vor 50 Jahren brach der Generalstreik aus

Autor(en): **Kurz**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen**

Band (Jahr): **41 (1968)**

Heft 11

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-517944

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

DER FOURIER

Gersau, November 1968
Erscheint monatlich
41. Jahrgang Nr. 11

Offizielles Organ des Schweizerischen Fourierverbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen

Nachdruck sämtlicher Artikel nur mit Bewilligung der Redaktion SRV - beglaubigte Auflage 8775 Exemplare

VON MONAT ZU MONAT

Vor 50 Jahren brach der Generalstreik aus

Im November dieses Jahres gedenkt unser Volk eines Ereignisses, das wie kaum ein anderes unsern Staat erschütterte und das sich zur schwersten Krise auswuchs, die der schweizerische Bundesstaat seit seiner Gründung im Jahre 1848 zu überwinden hatte: des *Landesgeneralstreiks* vom November 1918. Dabei mag es dem rückblickenden Betrachter erstaunlich erscheinen, dass die grösste Gefahr, die unserem Land im Ersten Weltkrieg drohte, *nicht von aussen kam* und nicht aus dem Kampfgeschehen des Krieges entstand, sondern dass diese Bedrohung eine innere war, die ihre Ursachen in der innenpolitischen Auseinandersetzung hatte. Wohl erwuchsen der neutralen Schweiz aus den Ereignissen auf den Kriegsschauplätzen gewisse Gefährdungen, so vor allem im August 1914, als noch nicht feststand, welchen Weg die Operationen der Armeen der kriegführenden Mächte einschlagen würden, und dann auch im Winter 1916 / 17, als die Heeresleitung der Entente stärkere Verbände bereitstellte, um damit einem von ihr befürchteten Stoss deutscher Kräfte durch die Schweiz nach Italien auf schweizerischem Gebiet entgegenzutreten. Aber in beiden Fällen erwiesen sich unsere Befürchtungen als unbegründet. Es zeigte sich, dass während der Kriegsjahre beide Kriegsparteien gleicherweise am unversehrten Bestand der neutralen Schweiz interessiert waren — so lange wenigstens, als diese bereit und fähig war, ihre neutralitätsrechtlichen Pflichten der militärischen Verteidigung des schweizerischen Staatsgebiets voll zu erfüllen.

Dagegen waren es die *inneren Spannungen,* die schon wenige Monate nach Beginn des Krieges im Land auftraten, und die mit dem Landesstreik vom November 1918 ihren spannungsgeladenen Höhepunkt erreichten.

Zahlreiche Gründe und Ursachen haben zusammengewirkt, um im Land die Mißstimmung und Verbitterung zu erzeugen, die schliesslich zu der gewaltsamen Entladung im Generalstreik führten. Im Vordergrund stehen die sich im Verlauf der Kriegsjahre rasch verschlechternden *sozialen Verhältnisse.* Die fast ganz fehlende kriegswirtschaftliche Vorsorge hatte infolge der Kriegsereignisse schon bald zu einer starken Verknappung und damit zu einer zunehmenden Verteuerung aller Lebensmittel und Verbrauchsgüter geführt, die vor allem die unselbständig Erwerbenden, vorab die Arbeiterschaft trafen. Diese geriet während der Kriegsjahre mehr und mehr in eine ausgesprochene Notlage, die von ihr um so stärker empfunden wurde, als sie sehr einseitig die wirt-

schaftlich schwächsten Volksschichten traf. Not und Empörung über die sozialen Ungerechtigkeiten trieben gegen Kriegsende die Arbeiterschaft zu gewaltsamen Ausbrüchen, in denen sie nichts zu verlieren und alles zu gewinnen hatte. Wenig erfreuliche Verhältnisse herrschten auch *in der Armee.* Der karge Sold, das Fehlen jedes Erwerbersatzes und das allzu sehr nach Armenunterstützung riechende System der militärischen Notunterstützung sowie die kurzen Kündigungsfristen für Arbeitnehmer führten auch in der Armee zu deutlichen sozialen Spannungen, die wiederum in erster Linie in jenen Kreisen fühlbar wurden, die ohnehin am stärksten unter den wirtschaftlichen Folgen des Krieges zu leiden hatten. Auch musste festgestellt werden, dass innerhalb der Armee nicht immer der richtige Ton gefunden wurde. Der Dienst war oft geisttötend und langweilig, der Drill wurde häufig falsch und übertrieben angewendet und der Ton zwischen Offizieren und Mannschaften war vielfach nicht wie er hätte sein sollen; dazu kommt, dass mancherlei Affären, an denen selbst höchste Armeekreise nicht unschuldig waren, die Stimmung vergifteten.

Im *politischen Bereich* herrschte Verärgerung über die Zurückstellung verschiedener Vorstösse zu Gunsten des Ausbaus von Volksrechten; es sei vor allem an die schon im Jahre 1913 eingereichte Proporzwahl-Initiative erinnert. Nicht zu übersehen sind schliesslich die starken *ausländischen Einflüsse,* die im Streikgeschehen in der Schweiz deutlich fühlbar wurden. Die nach der russischen Revolution über ganz Europa hinweg brausende revolutionäre Grundwelle hat an den Grenzen der Schweiz nicht Halt gemacht, sondern sich auch auf die schweizerischen Ereignisse ausgewirkt. Auch war während des Krieges eine gefährlich grosse Zahl ausländischer Agitatoren und Wühler in der Schweiz tätig, die hier unter dem Schutz der schweizerischen Armee ihr Gastrecht dazu bnützten, um ihre umstürzlerischen Theorien zu verbreiten, wofür die unerfreulichen Verhältnisse in der Schweiz vielfach den Boden bereitet hatten. Der berühmteste unter diesen Ausländern war der spätere russische Diktator Wladimir Iljitsch Uljanow, genannt Lenin, der vom Sommer 1914 bis im Frühjahr 1917, zusammen mit einer grösseren Zahl russischer Revolutionäre in der Schweiz lebte, und dessen geistiger Einfluss auf die schweizerische Arbeiterschaft bedeutend war, auch wenn sich Lenin selber eher im Hintergrund hielt.

Die bedenklichen Mißstände und die Einseitigkeit, mit der davon die Arbeiterschaft betroffen wurde, führte im Lauf der Kriegsjahre zu einer immer heftigeren *Radikalisierung der Stimmung* und der Ziele der Arbeiterschaft. Diese wich schon bald von ihrer anfänglichen Burgfriedenspolitik ab und trat in eine kämpferische Opposition zu Bundesrat und Armeeleitung. In der Frage nach den Mitteln, mit welchen diese innere Auseinandersetzung geführt werden sollte, spielte von Anfang an der politische Massenstreik — er war im Jahre 1912 letztmals praktisch angewendet worden — eine erhebliche Rolle, wobei jedoch die Ansichten unter den Arbeiterführern stark auseinandergingen; diese blieben bis zuletzt in widerstreitende Gruppen aufgespalten.

Den äusseren Anlass zu einer plötzlichen Verschärfung der Stimmung und zu der Anordnung von Massnahmen, die schliesslich zum Landesstreik führen sollten, gab im Januar 1918 die vom Bundesrat mit dem Ziel einer Steigerung der inländischen Agrarproduktion beabsichtigte Einführung eines *obligatorischen Hilfs- und Zivildienstes* für Nicht-Militärdienstpflichtige zwischen dem 16. und dem 60. Altersjahr. Die Arbeiterführer, die von einer solchen Massnahme die zwangsweise Militarisierung der zivilen Arbeiter und ihre Unterstellung unter den Befehlsbereich der Armee und unter die

Militärjustiz glaubten befürchten zu müssen, sagten der Vorlage von Anfang schärfsten Kampf an und traten ihr mit ultimativen Verzichtforderungen entgegen. Der drohende Ton dieser Reaktionen veranlasste den Bundesrat, am 1. Februar 1918 ein *zusätzliches Truppenaufgebot* zu erlassen, um für alle Fälle eine Truppenreserve zur Verfügung zu haben.

Dieses Truppenaufgebot wurde wiederum auf der Arbeiterseite unter der kämpferischen Führung von Robert Grimm, der immer mehr zur treibenden Kraft wurde, als Provokation empfunden und führte am 4. Februar 1918 in Olten zur Schaffung eines «Aktionsausschusses» der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes — einem Organ, das später als *«Oltener Aktionskomitee»* Geschichte machen sollte. In einer in Bern durchgeführten Konferenz vom 1. — 3. März 1918 legte das Komitee den zeitlichen Ablauf des von ihm zu planenden ausserparlamentarischen Kampfes in drei Phasen fest; auf die Aufnahme einer von Robert Grimm anfänglich vorgesehenen vierten Phase, die vom unbefristeten allgemeinen Streik zum offenen Bürgerkrieg überleiten und den Sturz der bürgerlichen Gesellschaftsordnung zum Ziel haben sollte, wurde dabei jedoch verzichtet. Die ursprüngliche Vorlage ist später als «Bürgerkriegsmemorial» Grimms zu fragwürdiger Berühmtheit gelangt.

Weitere im Jahre 1918 eintretende Verschlechterungen der Stimmung hatten vor allem *wirtschaftliche Hintergründe;* insbesondere ein wenig glücklicher Entscheid des Bundesrats in der Milchpreisfrage löste auf Arbeiterseite eine neue Welle der Erbitterung aus. Eine grosse Frauenkundgebung vom 10. Juni 1918 in Zürich sowie weitere Tumulte und Unruhen in Zürich, Biel, Winterthur sowie im Tessin zeigten die wachsende Erregung in der Öffentlichkeit; sie hätten für die Verantwortlichen eine Warnung sein sollen.

Nachdem der Bundesrat am 26. Juli 1918 ein ihm vom Oltener Komitee unterbreitetes *11-Punkteprogramm* mit vornehmlich wirtschaftlichen Forderungen abgelehnt hatte, beschloss ein am 27. / 28. Juli 1918 in Basel tagender allgemeiner schweizerischer Arbeiterkongress, dem Bundesrat mit der Durchführung eines allgemeinen Landesstreiks zu drohen, für den Fall, dass dieser sich nicht zu genügenden Zugeständnissen bereitfinden sollte. Diese Julikrise konnte dank einem recht weit gehenden Einlenken des Bundesrats überwunden werden.

Eine Art von Hauptprobe für den umfassenden Landesstreik bildete der *Streik des Zürcher Bankpersonals* vom 1. Oktober 1918, dem sich die Zürcher Arbeiterunion mit einem auf 24 Stunden beschränkten Solidaritätsstreik anschloss. Diese aus einer ausgesprochenen wirtschaftlichen Notlage erwachsene Streikaktion einer einzelnen Personalgruppe wurde diszipliniert durchgeführt und erlebte keinerlei Ausschreitungen.

Eine neue Verschärfung der Lage trat Ende Oktober 1918 ein, nachdem die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz beschlossen hatte, des ersten *Jahrestags der russischen Oktoberrevolution* im ganzen Land mit Kundgebungen zu gedenken. Eine vom Parteisekretariat ausgearbeitete Proklamation löste wegen ihrem revolutionären Ton im ganzen Land starke Beunruhigung aus und führte zu schweren Befürchtungen: das Dokument kündete «die nahende Revolution in Zentraleuropa» an, deren «erlösender Brand das ganze morsche, blutdurchtränkte Gebäude der kapitalistischen Welt erfassen» werde. Die Vorbereitungen auf die Revolutionsfeiern und der drohende Ton der Aufrufe und Presseartikel liessen das Schlimmste befürchten. Sie veranlassten Bundesrat und Armeeleitung, militärische Sicherheitsmassnahmen zu treffen und damit für alle Eventualitäten bereit zu sein.

Schon seit Monaten hatte das *Armeekommando* den Bundesrat immer wieder auf die bestehende Gefahr eines Umsturzes aufmerksam gemacht und eine *erhöhte Truppenbereitschaft* gefordert. In den ersten Novembertagen 1918 wandte sich General Wille unter mehreren Malen immer wieder an den Bundesrat, um ihn zu entschlossenem Handeln zu veranlassen — in dem berühmten «Generalstreikmemorial» des Generals vom 3. November 1918 sind seine Argumente zusammengefasst. Erst als auch die Zürcher Regierung auf vermehrten militärischen Schutz glaubte drängen zu müssen, gab der Bundesrat nach und erliess auf den 6. November 1918 ein *grösseres Truppenaufgebot*, in welchem 2 Infanterieregimenter, 2 Kavalleriebrigaden sowie 6 Spezialeinheiten aufgeboten wurden. Das Schwergewicht dieser Truppen wurde in der Hochburg der Streikbewegung, nach Zürich gelegt, wo die grösste Gefahr drohte. Zum Kommandanten der Ordnungstruppen in Zürich wurde Oberstdivisionär Sonderegger ernannt, während diese Funktion in Bern von Oberstkorpskommandant Wildbolz ausgeübt wurde.

Die starke Truppenbesetzung, namentlich von Zürich, wurde von den Arbeiterführern als Herausforderung empfunden. Mit scharfen Protesten wandten sie sich gegen die «Säbeldiktatur» und gegen die durch nichts gerechtfertigte Verwandlung Zürichs in eine militärisch beherrschte Garnisonsstadt. Auf den 9. November 1918 rief das Oltener Aktionskomitee zu einem auf 24 Stunden befristeten *Proteststreik* auf, um mit diesem gegen den «Belagerungszustand» in Zürich zu protestieren. Im weitern Verlauf dieses Streiks, der nicht als revolutionäres Kampfmittel im eigentlichen Sinn, sondern als Protestaktion gedacht war, kam es in Zürich zu schweren Zwischenfällen. Da sich der Bundesrat nicht zu einer Aufhebung der militärischen Sicherungsmassnahmen bewegen liess, verkündete die Arbeiterunion Zürich von sich aus die Fortsetzung des Streiks über die vorgesehenen 24 Stunden hinaus. Am 10. November ereigneten sich anlässlich einer entgegen dem Versammlungsverbot durchgeführten Kundgebung auf dem Fraumünsterplatz und später auf dem Milchbuck heftige Tumultszenen und Schiessereien.

Nach erfolglosen Verhandlungen mit dem Bundesrat beschloss das Oltener Aktionskomitee am Abend des 10. November 1918 den *Generalstreik* auszurufen. Dieser sollte um Mitternacht vom 11. / 12. November 1918 im ganzen Land beginnen und so lange dauern, bis der Bundesrat sich bereitfinden würde, den «Belagerungszustand» in Zürich aufzuheben und die übrigen Forderungen der Arbeiterführer zu erfüllen.

Der Bundesrat liess sich nicht erpressen, sondern rief auf den 12. November 1918 die *eidgenössischen Räte* zu einer *ausserordentlichen Session* nach Bern. In den Beratungen der beiden Räte zeigte sich bald, dass auch das Parlament zu keinen Konzessionen gegenüber den Streikenden bereit war; vielmehr stellte es sich mit eindeutiger Entschiedenheit hinter den Bundesrat. Am 13. November 1918 stellte Bundespräsident Calonder der Streikleitung ein Ultimatum auf sofortigen und bedingungslosen Abbruch des Landesstreiks. Nach einigem Hin und Her, in dem eine Verlängerung der Frist zu erreichen versucht wurde, musste die Streikleitung einsehen, dass die Fortführung des Streiks sinnlos geworden war. Um nicht das Ganze zu gefährden und die Existenz des Landes aufs Spiel zu setzen, liessen es die Streikführer nicht zum Äussersten kommen; sie erklärten auf den 14. November 1918 den Abbruch ihres Unternehmens.

Der Landesstreik, der im allgemeinen ruhig verlief, brach nach 3 Tagen zusammen, weil ihm *wesentliche Voraussetzungen* des Gelingens *fehlten*. Einmal machten die Bauern nicht mit, weil sie darin nichts zu gewinnen hatten. Dann stand auch die Arbeiterschaft nicht so geschlossen hinter der Streikparole, wie es von seinen Initianten erhofft wurde;

namentlich in der Westschweiz fand der Streik nur relativ geringen Widerhall — nicht zuletzt darum, weil man hier der Person Grimms wenig traute. Dazu kommt, dass die Streikleitung unter sich nicht geschlossen war und vielfach nur mit halbem Herzen bei der Sache war. Und schliesslich versagte die entschlossene Haltung der Bundesversammlung, wie auch des ganzen Bürgertums dem Streik den äusseren Erfolg.

Auch wenn der Landesstreik äusserlich mit der Kapitulation der Streikenden endete und keine unmittelbaren Ergebnisse brachte, blieb er doch, *auf weite Sicht gesehen, nicht erfolglos.* Vielmehr bildete er den Ausgangspunkt zu mannigfachen Reformen, in welchen die Grundlagen des heutigen Zusammenlebens zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum gelegt wurden. So dürfen wir heute mit dem Landesstreik eines Ereignisses gedenken, in welchem Unverständnis und Kurzsichtigkeit auf der einen Seite, und unduldsamer Radikalismus und Geltungstrieb auf der andern Seite das Land an den Rand des Abgrunds führten. Glücklicherweise haben spätes Besinnen auf die Bestimmung des Landes und die Einsicht in die Notwendigkeit eines Zusammenlebens aller Teile des Volkes auf demokratischer Grundlage den Weg geebnet, auf der die Schweiz einer besseren Zukunft entgegengehen durfte. Darum steht in der Erinnerung an den Landesstreik, trotz der Erbitterung, mit der er geführt wurde, die Idee der Versöhnlichkeit obenan.

Kurz

Das Elend, auch das unerhörteste, zieht verhältnismässig rasch seine Strasse, verflüchtigt sich, und die heilenden Kräfte der Menschheit setzen wieder ein. Was man hingegen an den grossen Schicksalstagen der Geschichte verschachert, versäumt, kampflos oder auch nur um nothafte Tage und Stunden zu früh preisgibt, verflüchtigt sich nicht, sondern wirkt meist auf lange Epochen hinaus entscheidend.

Es kommt demnach alles darauf an, dass man sich nicht durch die Bedrängnis des Augenblicks bestimmen lässt, sondern durch die Aussicht auf die Jahrhunderte, die unser sein können. Wenn die grossen Opfer, welche die Geschichte an ein Volk von Zeit zu Zeit zu stellen pflegt, fällig werden, dann muss die Generation, die es trifft, sie leisten. So ehrt sie die Toten und bereitet den Lebensgrund für die Künftigen, die beide mit den gerade Gegenwärtigen erst das ganze Volk bilden. Versagen die Gegenwärtigen, so üben sie nicht nur an ihren eigenen Besten Verrat, sondern auch an Vor- und Nachwelt. Wer möchte diese Verantwortung auf sich nehmen?

A. J.